

Entschließungsantrag

des Abgeordneten Dr. Bösch
und weiterer Abgeordneter
betreffend Sonderinvestitions paket für das Österreichische Bundesheer zur Sicherung
der österreichischen Neutralität

**eingebracht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt 1, Erklärungen
des Bundeskanzlers und des Vizekanzlers gemäß § 19 Absatz 2 der
Geschäftsordnung des Nationalrates anlässlich der aktuellen Krise zwischen
Russland und der Ukraine in der 143. Sitzung des Nationalrates, XXVII. GP, am
24. Februar 2022**

Krieg vor der Haustür

Der Standard berichtete am 21. Februar 2022 über den aktuellen Ukraine-Konflikt, dass am selben Tag der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine massiv eskaliert ist: „*Der russische Präsident Wladimir Putin ordnete die Entsendung von Truppen in die Ostukraine an. Die Einheiten sollen in den von Moskau nun als unabhängige Staaten anerkannten "Volksrepubliken Luhansk und Donezk" für Frieden sorgen, wie aus einem Dekret vom Montag hervorgeht. Demnach darf Russland dort auch Militärbasen eröffnen.*“

Heute, 24.02.2022, berichtet „Die Presse“ auf ihrer Homepage:

„*Russland greift Ukraine an, Bodentruppen dringen vor
Russland führt Raketenangriffe auf Ziele im ganzen Land durch. Bodentruppen
haben die ukrainische Grenze passiert. Die Ukraine vermeldet erste Tote. Die
internationalen Reaktionen sind scharf. Die EU will neue Sanktionen beschließen.*“

Wie auch die Österreichische Sicherheitsstrategie klar festhält, ist die sicherheitspolitische Situation in Europa durch neue Herausforderungen, Risiken und Bedrohungen bestimmt. Zur Erinnerung: Die Entfernung von Wien zur ukrainischen Grenze ist geringer als von Wien nach Bregenz.

Der aufflammende Ukraine-Konflikt muss für die Bundesregierung ein eindringliches Warnsignal für die schnelle Wiederherstellung der Einsatzfähigkeit des Österreichischen Bundesheeres und den Fähigkeitserhalt des Kampfes der verbündeten Waffen sein.

Notwendige Fähigkeiten des Bundesheeres

Das Bundesheer ist durch die jahrzehntelange dramatische Unterfinanzierung zurzeit leider weit davon entfernt seine von der Bundes-Verfassung vorgegebene Aufgabe, die militärische Landesverteidigung, erfüllen zu können.

Dem Bericht des Bundesministers für Landesverteidigung „Unser Heer 2030“ von 2019 beinhaltet zum Zustand unseres Heeres unter anderem folgendes:

„*Das ÖBH braucht eine ausreichende Anzahl an geschützten und gepanzerten Fahrzeugen, um den Auftrag zu erfüllen und das Leben der eingesetzten Soldatinnen und Soldaten nicht unnötig zu gefährden.*“

(...)

Damit das Bundesheer alle Aufgaben erfüllen kann, muss es folgende Fähigkeiten besitzen:

(...)

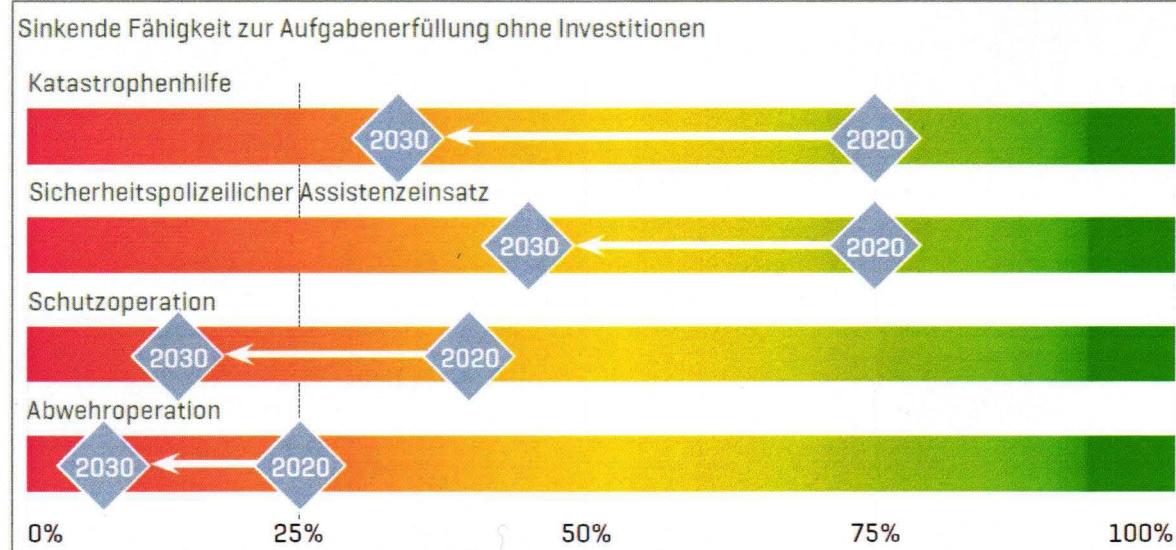
- Räume und Verkehrswege werden durch Infanterie in unterschiedlichen Ausprägungen, die Panzer- und Aufklärungstruppe, sowie Luftunterstützung, EloKa- und Cyberkräfte aufgeklärt und überwacht.
 - Gegnerische Handlungsfreiheit wird durch Aufklärung, Infanterie, Artillerie-, Pionier- und Panzerkräfte, Jagdkommandokräfte, Luftunterstützung und Kampfflieger, elektronische Kampfführung (EloKa), Cyber und Militärpolizei eingeschränkt und neutralisiert.
 - Alle Kräfte des ÖBH, die in engen Kontakt mit feindlichen Gruppierungen kommen, müssen über die nötige geschützte Mobilität verfügen.
 - Der Angriff zur Neutralisierung des Gegners und Wiederherstellung der Souveränität wird durch Infanterie, Panzer, Luftunterstützungs- und Kampffliegerkräfte geführt und durch EloKa, PSYOPS und Artillerie unterstützt.
 - Den Schutz von wichtigen Objekten gegen Bedrohungen am Boden gewährleistet die Infanterie-, die Panzer- und Aufklärungstruppe sowie die bodengebundene Luftabwehr.
 - Schutz der Grenzen ist eine der Hauptaufgaben der Aufklärer, Infanterie, Panzer und der Militärpolizei.
 - Präzise weitreichende Flach- und Steilfeuerunterstützung wird durch Artillerie, Flach- und Steilfeuer der Infanterie und die Kanonen der Kampfpanzer erzielt.
- (...)

Dringender Investitionsbedarf

„In Anbetracht der derzeitigen Budgetentwicklung wird in den nächsten Jahren eine rote Linie überschritten werden, nämlich die der Einsatzbereitschaft. Fehlende Ressourcen gefährden nicht nur die Aufgabenerfüllung, sondern auch das Leben der Soldatinnen und Soldaten bei ihren Einsätzen.“

(Bundespräsident Alexander Van der Bellen, 26. Oktober 2018)

Der Bericht „Unser Heer 2030“ stellt dazu fest:



Die Systeme der Fliegerabwehr erreichen ebenso ihr Lebensende wie die Panzerabwehrlenkwaffen.

(...)

Ohne Kampfwertsteigerung der Kampfpanzer und Schützenpanzer gehen diese Fähigkeiten verloren. Die Wiederinbesitznahme eines verlorenen Staatsgebiets oder

eine Neutralisierung von Gegnern mit erbeutetem Kriegsgerät wäre nur unter größtem Risiko für die eigenen Soldaten möglich.

Zusätzlich erhöht sich das Risiko für eingesetzte Kräfte durch fehlende weitreichende Feuerunterstützung sowie Panzerschutz im urbanen Kampf.

Die territoriale Integrität kann nicht wiederhergestellt werden. Die Souveränität und die glaubwürdige Neutralität wären verloren.

(...)

Ohne Panzerabwehr mittlerer und großer Reichweite können gepanzerte oder behelfsmäßig gepanzerte Fahrzeuge nicht effektiv bekämpft werden.

Es ist kein ausreichender Schutz für Objekte sicherstellbar. Feindliche gepanzerte Fahrzeuge werden zur erhöhten Gefährdung für die eingesetzten Kräfte.

(...)

Ohne Kampfwertsteigerung der Kampfpanzer ist keine weitreichende stoßkräftige Angriffsführung im offenen oder teilbedeckten Gelände möglich.

Verlorenes Gelände kann nicht wieder in Besitz genommen werden und das Risiko für dort eingesetzte Kräfte erhöht sich durch fehlende Feuerunterstützung. Gegnerische gepanzerte Fahrzeuge sind nicht aktiv bekämpfbar. Die Fähigkeit geht verloren. Im Falle einer Abwehroperation ist kein Aufwuchs mehr möglich.

(...)

Ohne Kampfwertsteigerung der Schützenpanzer verliert das ÖBH die offensive Fähigkeit im offenen und teilverbauten Gelände. Das bedeutet keine infanteristische, stoßkräftige Fähigkeit unter Panzerschutz gegen feindliche Kräfte im offenen und teilverbauten Gebiet. Dies erhöht das Risiko unnötiger Verluste, es müssen weniger qualifizierte Elemente – wie beispielsweise ungepanzerte Fahrzeuge eingesetzt werden. Eine Wiederinbesitznahme verlorener Räume ist eingeschränkt. Gegnerische leicht gepanzerte Fahrzeuge sind nicht aktiv bekämpfbar. Die Fähigkeit geht verloren. Im Falle einer Abwehroperation ist ein Aufwuchs nicht mehr möglich.

INFANTERIETRUPPE / GRENADIERE

Status Quo

Derzeit gibt es im ÖBH zwei Panzergrenadierbataillone. Die Panzergrenadiere sind die infanteristischen Kampfelemente der 4. Panzergrenadierbrigade. Das Hauptgerät ist der Schützenpanzer Ulan mit einer 30mm Maschinikanone. Der Grenadier ist mit Sturmgewehr oder Maschinengewehr ausgestattet. Zusätzlich verfügen die Grenadiere über Panzerabwehrrohre, Panzerabwehrlenkwaffen und schwere Granatwerfer.

Investitionsbedarf

Der Individualschutz inkl. Ballistischem Schutz / Stichschutz und auch ABCSchutz aller Soldaten muss auf ein zeitgemäßes Niveau gehoben werden. Eine Kampfwertsteigerung und Grundüberholung des Schützenpanzers ULAN ist zwingend erforderlich. Die Panzerabwehrkapazität (fahrzeuggebunden und tragbar) muss erhalten und erhöht werden.

PANZERTRUPPE

Status Quo

Die Panzertruppe im OBH ist durch ein Panzerbataillon abgebildet. Es stellt in der 4. Panzergrenadierbrigade die weitreichende, stoßkräftige Unterstützung sicher. Das Hauptwaffensystem ist der Kampfpanzer Leopard 2 A4 mit einer 120 mm Glattrohrkanone, welches jedoch dringend eine Kampfwertsteigerung benötigt.

Investitionsbedarf

Der Individualschutz inkl. ABC-Schutz aller Soldaten muss auf ein zeitgemäßes Niveau gehoben werden. Berge- und Transportsysteme sind zu beschaffen. Der Kampfpanzer Leopard 2A4 ist unter anderem durch Einführung optronischer Systeme und Beschaffung der Zusatzausstattung für den Kampf im urbanen Raum zu modernisieren.

Risiko

Der Verlust von Fähigkeiten im Bereich der Panzertruppe bedeutet den Wegfall der stoßkräftigen und geschützten Feuerkraft in allen Einsatzarten. Die fehlende Unterstützung beim Angriff zur Wiederinbesitznahme von urbanen Geländeteilen führt zu hohen eigenen Verlusten der Infanterie. Die Bekämpfung von geharteten oder gepanzerten Zielen ist nur eingeschränkt möglich. Die Fähigkeit, den mechanisierten Kampf zu führen, geht verloren. Sollte sich die Bedrohungslage verschlechtern, besteht keine Möglichkeit des Aufwuchses zur Abwehroperation gegen konventionelle Gegner.“

Zum Vergleich mit anderen Nachbarstaaten:

- Die ebenfalls neutrale Schweiz besitzt 134 Kampfpanzer Leopard, ca. 500 Schützenpanzer und über 900 Radpanzer.
<https://www.vbs.admin.ch/de/vbs/zahlen-fakten/armee.html>
- Das ungarische Verteidigungsministerium hat den Rüstungskonzern Rheinmetall mit der Lieferung von 218 Lynx Schützenpanzern beauftragt.“
<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/milliardenauftrag-ungarn-bestellt-218-panzer-von-rheinmetall-16946639.html>
- Polen hat den Kauf von 250 US-Kampfpanzern vom Typ „Abrams“ angekündigt.2021
<https://orf.at/stories/3221038/>
- „Auf der Suche nach einem Ersatz für den Schützenpanzer BVP-2 und den Kampfpanzer T72 hat jetzt in Tschechien die nächste Stufe begonnen. Der Beschaffungsumfang wird auf bis zu 210 Schützenpanzer geschätzt. Dafür sollen 1,9 Milliarden Euro bereitgestellt werden.“
<https://esut.de/2021/04/meldungen/26971/schuetzenpanzer-trio-im-wettbewerb-in-tschechien/>

Warum unser Heer auch in Zukunft Panzer braucht

Franz-Stefan Gady, Senior Advisor des Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES), dessen Präsident Bundesminister für Landesverteidigung außer Dienst Dr. Werner Fasslabend ist, schrieb im Februar 2020 unter dem Titel „Warum unser Heer auch in Zukunft Panzer braucht“ in der Zeitung „Die Presse“:
„(...)“

Paradoxe Weise aber macht gerade die Abrüstung schwerer Waffensysteme deren Einsatz und einen „konventionellen“ Schlagabtausch in den 2020er-Jahren wahrscheinlicher.

Drohnenangriffe, Cyberattacken, Desinformationskampagnen und der Einsatz von irregulären Truppen sind nämlich eine asymmetrische Antwort der „Schwachen“ – Ländern wie Russland und Iran – auf die militärische Übermacht der „Starken“. Gegner des Westens setzen auf die Entwicklung solcher Kapazitäten, um einen offenen,

symmetrischen Krieg – Panzer gegen Panzer, Flugzeug gegen Flugzeug – zu vermeiden.

Sollte der Westen aber in diesen Kernkompetenzen Schwäche zeigen und sich hauptsächlich auf neue asymmetrische Bedrohungen konzentrieren, würde ein offener Konflikt wieder interessant für etwaige Gegenspieler, weil die dann denken könnten, dass sie eine symmetrische Auseinandersetzung gewinnen könnten. Denn mit Cyber- und Drohnenabwehr ist ein Panzerangriff schwer zurückzuschlagen. Gegen Panzer werden daher auch in zehn Jahren noch eigene Panzer und Panzerabwehraketen das beste Mittel sein. Gleichzeitig werden Drohnen auch künftig enorm verwundbar bleiben.

Der Grundbaustein jeder militärischen Planung in den 2020er-Jahren muss deshalb weiter der Erhalt regulärer Streitkräfte sein. Nur wenn die militärischen Kernfähigkeiten abgesichert sind, macht es überhaupt Sinn, andere Kapazitäten aufzubauen. Schwere Waffensysteme haben also keineswegs ausgedient. So gesehen bauen Länder wie Österreich, die sich auf die Abwehr asymmetrischer Bedrohungen konzentrieren und schwere Waffensysteme vernachlässigen, ein Fass ohne Boden.

Um militärisch wirksam zu sein, benötigt man beides: reguläre Streitkräfte und Einheiten mit neuen technologischen Fähigkeiten. Nur durch ihr Zusammenwirken kann man effektiv einen potenziellen Aggressor abschrecken.

Viele Österreicher mögen das als plumpe Kriegsspielerei abtun; eine Geldverschwendug, weil die neuen Waffen wahrscheinlich nie zum Einsatz kommen. Das Ziel jeder nachhaltigen Verteidigungspolitik und Streitkräftereform ist jedoch genau das: nicht Kriegsspielen, sondern eine militärische Konfrontation durch „Abschreckung“ vermeiden. So abwegig es klingt: Investitionen in schwere Waffen erhöhen die Chance, dass diese nicht eingesetzt werden, weil sie ein größeres Abschreckungspotenzial gegenüber Aggressoren haben als andere Waffensysteme. Deshalb ist ihre Reduktion oder Abschaffung nicht ratsam und verteidigungspolitisch langfristig sogar gefährlich.“

<https://www.diepresse.com/5763698/warum-unser-heer-auch-in-zukunft-panzer-braucht>

Zu geringes Budget für das Bundesheer

Dem Bundesfinanzrahmengesetz 2022 ist das Budget für das Bundesheer bis 2025 zu entnehmen. Die Obergrenzen für Auszahlungen „Militärische Angelegenheiten“ sind festgelegt mit 2,7 Milliarden Euro für 2022, 2,6 Milliarden Euro für 2023, 2,6 Milliarden Euro für 2024 und 2,7 Milliarden Euro für 2025. Mit diesen Budgets sind aber die bestehenden Mängel und Fehlstände in der Ausrüstung und Bewaffnung des Bundesheeres nicht behebbar.

Dem Bericht „Unser Heer 2030“ ist dazu zu entnehmen:

„Ohne dringend notwendige Investitionen kann das BH die österreichische Bevölkerung nicht mehr schützen. Dies erfordert eine deutliche Erhöhung des Verteidigungsbudgets mit einer Balance zwischen Personal, Betrieb und Invest.

Unser ÖBH benötigt, zur Erfüllung der Schutzoperation mindestens 1% des BIPs, Für die Abwehr konventioneller Gegner würden 2% des BIPs erforderlich sein, dort liegt auch der internationale Standard.“

In diesem Zusammenhang stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, zum Schutz des Landes und seiner Bürger und für den Erhalt eines neutralen Österreichs sofort ein Sonderinvestitions paket von einer Milliarde Euro noch im Jahr 2022 für das Österreichische Bundesheer zur Finanzierung

- der notwendigen und angemessenen Modernisierung des bestehenden Panzerbataillons 14,
- der Restrukturierung des ehemaligen Panzerbataillons 33 mit Kampfpanzern,
- der notwendigen und angemessenen Modernisierung des bestehenden Schützenpanzers Ulan und
- der notwendigen und angemessenen Modernisierung und Ergänzung der Panzerabwehrlenkwaffen für eine zeitgemäße Panzerabwehr unterschiedlicher Reichweiten sowie
- von ausreichend Munition und logistischer Grundabsicherung für alle Waffensysteme des Österreichischen Bundesheeres

zur Verfügung zu stellen. Ab dem Jahr 2023 ist das jährliche Regelbudget „UG-14 Militärische Angelegenheiten“ um eine Milliarde Euro zu erhöhen, um einen verfassungskonformen Zustand des Österreichischen Bundesheeres wieder herzustellen.“



(Boissel)



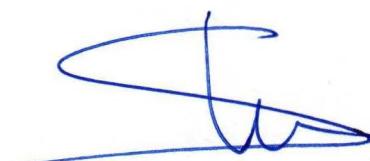
(Reiterberger)



(Kaiser)



(Tischbirek)



(Scheuer)

